Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Ortenauer Bote. 1896-1896
1878

162 (14.7.1878) Beilage zum Ortenauer Boten

Visual Library

An den Wahlausschuß der nationalliberalen Partei in Offenburg.

Aus Ihrem heute erhaltenen Aufrufe vom 9. d. M. ersehe ich mit Genugthuung, daß mir auch für diese Wahl Ihr ungeschwächtes Vertrauen entgegengebracht wird und ich somit als der nationalliberale Reichstags-Candidat für die nun beginnende IV. Legislaturperiode des Reichstags öffentlich aufgestellt bin.

Die Auflösung des Reichstags und die Appellation der verbündeten Regierungen an die Nation legten mir die heilige Pflicht auf, so gewichtig auch die Gründe sind, die behufs Wiederherstellung meiner Gesundheit mich an sich zur Fernhaltung von politischen Kämpfen nöthigen würden, in diesem wichtigen, für die Nation vielleicht auf lange Zeit entscheidenden Augenblicke mich meinen Wählern wieder zur Verfügung zu stellen, mich zu verantworten für mein Wirken in dem nunmehr aufgelösten Reichstag und, wenn ich durch meine Wiederwahl die Billigung meiner Wähler erhalten werde, mit der gleichen Treue, mit der ich bisher die nationale Sache, die Forderungen der staatlichen Ordnung und der bürgerlichen Freiheit zu vertreten bemüht war, auch im kommenden Reichstag das Vertrauen meiner Wähler zu rechtfertigen.

Meine Grundsätze, die ich mein ganzes Leben durch vertrat und auch jetzt noch vertreten werde, aufs neue zu entwickeln, wird mir, weil bekannt, wohl erlassen werden.

Ueber meine Stellung zu den wichtigen Tagesfragen und Aufgaben des kommenden Reichstags, die sich aus meinen polilischen Grundsätzen und den Bedürfnissen der Zeit von selbst ergibt, werde ich in den Versammlungen, denen anzuwohnen ich mich beehren werde, mich mündlich verbreiten.

Aber auch für diejenigen Wähler, die kein Gelegenheit haben sollten meine mündlichen Auseinandersetzungen zu vernehmen, möchte ich meine Stellung so klar gestellt wissen, daß ein Zweifel über meine politische Gesinnung im Ganzen und meine Stellung zu den brennenden Fragen der Gegenwart nicht möglich ist.

Glücklicherweise erleichtert mir Ihr Wahlaufruf vom 9. d. M. diese Klarstellung so sehr, daß nur wenige Worte mir noch erübrigen.

1) Ich bin vor Allem einverstanden, die bestehende Staatsordnung, Recht und Sitte, Religion und Familie und die politische Freiheit gegen einen Feind zu schützen, der durch Umsturz der bestehenden Ordnung, durch Untergrabung von Recht und Sitte, durch Verdrängung der Religion, Auflösung des Familienverbands und Unterdrückung der Freiheit ein Staatsideal zu erreichen sucht, das mir für alle Zeiten unmöglich zu sein scheint, weil es nur auf den Trümmern der menschlichen, ihrem Wesen nach stets fortschreitenden Kultur erreicht werden könnte.

Ich werde deßhalb gerne der Regierung diejenigen Vollmachten bewilligen, „welche nach meiner Ueberzeugung sich als wirklich nöthig erweisen werden.“

Ihr Aufruf hegt dieses Vertrauen zu mir; diesem Vertrauen in vollstem Maße zu entsprechen, drängt mich meine eigene Ueberzeugung.

„Nie und nimmermehr wird aber“, sagt Ihr Aufruf weiter, „unser Abgeordneter Gesetzesvorlagen zustimmen, welche in ihrem wahren Gehalte darauf abzielen, für die freisinnige Entwicklung unseres Staatswesens unentbehrliche Errungenschaften unserm Volke zu entziehen.“

In diesem ebenso schönen wie wahren Satze erblicke ich eine glänzende Genugthuung für meine bisherige Haltung und, wenn es dessen bedurft hätte, einen neuen Sporn für die Zukunft!

2) Die in Ihrem Aufrufe niedergelegten Anschauungen bezüglich der Steuerreform entsprechen der Geschichte unserer Reichsfinanzverfassung und der hieraus sich ergebenden Weiterentwicklung unseres Reichsfinanzwesens so vollständig, daß ich nur meine völlige Uebereinstimmung bestätigen kann. Insbesondere entspricht Ihre Stellung zum Tabaksmonopol und zur Tabaksbesteuerung vollkommen auch dem in Berlin sowohl wie in Baden aufgestellten Parteiprogramm, dem ich mit ganzem Herzen beitrat.

3) Auch Ihre Auffassung bezügl. des Schutzes der Industrie, der Hebung der Landwirthschaft und des Handels und Verkehrs steht in völliger Uebereinstimmung mit dem nationalen Parteiprogramm. Sie verlangen nicht Umkehr von den bewährten Grundsätzen der wirthschaftlichen Freiheit, welche der Zollverein und das neue Reich anstrebten, und begehren insbesondere nicht einen einseitigen Schutz einzelner Industriezweige auf Kosten berechtigter Interessen der Allgemeinheit; was Sie begehren, die Gewährung desjenigen Schutzes, den unsere Industrie und Landwirthschaft gegen die Einfuhr des Auslandes nach dem Urtheil von Sachverständigen wirklich nothwendig hat, ist ein so gerechtes Verlangen, daß nur doctrinärer Eigensinn ihm widerstreben könnte.

4) Daß jeder „Aufwand für die Wehrkraft unseres Volkes“ sowie die „Dienstzeit unter den Waffen nur insoweit vermindert werden darf, als dies durch strenge und weise Sparsamkeit ohne Schädigung der Wehrkraft selbst, nach dem Ausspruche sachverständiger Fachleute etwa geschehen könnte,“ halte ich für so selbstverständlich, daß ich die hierher bezügliche Stelle Ihres Aufrufes lediglich unterschreibe.

5) Was das Verhältniß der politischen Freiheit zur staatlichen Ordnung betrifft, so halte ich die politische, soziale und wirthschaftliche Freiheit der Person für ein Grundrecht, das jedem Angehörigen einer gebildeten Nation von selbst gebührt und der moderne Staat daher in erster Reihe zu achten u. zu schützen hat.

Diese Freiheit setzt aber naturnothwendig einen solchen Gebrauch voraus, welcher die bürgerliche Gesellschaft und die staatliche Ordnung nicht gefährdet.

Sache der Staatsgesetzgebung ist es daher, nicht blos die persönliche Freiheit gegen Uebergriffe der Staatsgewalt, sondern auch die gesellschaftliche und staatliche Ordnung gegen Mißbrauch der Freiheit zu schützen.

Während die engherzige Politik des ehemaligen deutschen Bundes die Schmälerung und zum Theil die Unterdrückung der bürgerlichen Freiheit als Regierungsweisheit pries und die Nation einer polizeilichen Bevormundung der unwürdigsten Art unterwarf, begrüße ich in der Gesetzgebung des deutschen Reiches einen mächtigen Siegeszug der Freiheit der Person, wie er vor 30 Jahren vom Frankfurter Parlament in den sogen. Grundrechten nicht erhabener angestrebt werden konnte.

Einverstanden mit Ihrem Wahlaufrufe, daß nach der Richtung der Freiheit unserer Gesetzgebung eine Erweiterung derselben kaum mehr obliegen kann, halte ich es für Aufgabe der Gegenwart, diese Freiheit zu erhalten und zu schützen und zugleich der gesellschaftlichen Ordnung alle erforderliche Garantie gegen Mißbrauch der Freiheit zu gewähren.

Wo solche Mißbräuche sich zeigen, werde ich gern zu ihrer Beseitigung auf dem Wege der Strafgesetzgebung bereit sein und auch die Staatsgewalt in die rechtliche Lage versetzen, rechtzeitig in dringenden Fällen beim Vorhandensein der gesetzlichen Voraussetzungen einen in nicht mehr gutzumachender Weise schädigenden Mißbrauch der Freiheit zu verhindern.

Nie und nimmer aber werd ich einer Gesetzgebung zustimmen, welche die Freiheit selbst gefährden, an Stelle der Gesetzesherrschaft die Regierungswillkür setzen und jene Zeiten wieder heraufbeschwören würde, die wir mit dem alten Bundestage auf immer für begraben hielten.

Gegen die Reactionsgelüste, die offen und unverhohlen jetzt in der sogenannten conservativen Presse ausgesprochen werden, muthigen Widerstand zu leisten, ist eine ebenso ernste Aufgabe eines liberalen Reichstagsabgeordneten als die Bekämpfung jener Bestrebungen, welche auf Abschwächung der Rechte der Staatsgewalt abzielen.

6. Ein Zusammengehen der wahrhaft erhaltenden Elemente ist zu keiner Zeit so nothwendig gewesen wie jetzt.

Die Erhaltung gilt aber der politischen Freiheit sowohl wie der staatlichen Ordnung!

Wie sehr die Kirche geeignet wäre, an der Aufrechthaltung der Ordnung mitzuwirken, hat Ihr Aufruf mit Recht hervorgehoben.

So lange aber eine kirchliche Partei nicht innerhalb der bestehenden Staatsordnung sich bewegt, sondern die Kirche über den Staat stellt, und in soweit eine andere kirchliche Partei mit der politischen Freiheit sich nicht versöhnen kann, sondern offen die Rückkehr zur (insbesondere geistigen) Bevormundung predigt, so lange scheiden sie aus der Gemeinschaft der erhaltenden Elemente aus.

Die Bekämpfung der ultramontanen Gegner halte ich daher mit Ihnen nach wie vor für Pflicht jedes ordnungsliebenden und freisinnigen Staatsbürgers.

Wie das Zusammengehen der erhaltenden Elemente gegen die Bestrebungen einer Umsturzpartei, ebenso wäre ein Zusammengehen aller wahrhaft freisinnigen Elemente gegen die Reaktionsgelüste rückwärts strebender Parteien dringend wünschenswerth.

Ich kann deshalb nur tief beklagen, wenn die demokratische Partei bei diesem Wahlkampfe auf Nebenwegen gehen sollte. Die Auslassungen der demokratischen Presse über die Unannehmbarkeit meines Programmes sind mir schlechterdings unverständlich, da ich bis jetzt ein besonderes Programm nicht aufgestellt habe und diese Zeilen das Erste sind, was ich an die Oeffentlichkeit richte. Heute gilt es nicht, die Grenzlinien zwischen dem demokartischen und liberalen Staatsideale zu ziehen, sondern gemeinsam die Gegner der Freiheit u. die Widersacher der staatlichen Ordnung zu bekämpfen.

Vor Allem gilt es aber, die chaotischen Zustände, die sich mehr und mehr in Folge der Unfertigkeit unserer Reichsregierung entpuppen, durch eine feste, gegliederte, harmonische Reichsregierung zu ersetzen.

Das Stellvertretungsgesetz, welches jetzt die Möglichkeit der Theilung der politischen Verantwortlichkeit unter die berufenen Räthe der Krone schafft, enthält den ersten Anfang zu einer wahrhaft constitutionellen verantwortlichen Reichsregierung.

Aufgabe des Reichstages wird es sein, in diesem Geiste fortzufahren und beizutragen zur Schaffung einer festen constitutionellen Regierungsgewalt.

Nicht „rückwärts“, sondern „vorwärts“ für „Kaiser und Reich“, für „Recht und Wahrheit“, für „Freiheit u. Ordnung“ ist der Ruf, mit dem ich meine Wähler begrüßen werde. Wer diesem Rufe zustimmt, der unterstütze meine Wahlbewerbung!

Mannheim, den 11. Juli 1878.

Karl Bär.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der neue Reichstag.

I.

Welche bedeutende Entscheidung der neue Reichstag u. a. zu treffen haben wird, mag man aus Folgendem ersehen. „Die neuen Wahlen bezwecken neue Steuern." Diese Ueberschrift führt ein eben erschienenes Flugblatt von Eugen Richter. Ueber die wachsenden Ansprüche des Reiches und die Bedeutung der erstrebten finanziellen Selbständigkeit desselben wird darin Folgendes bemerkt:

„Die Regierung will die Matrikular-Beiträge abschaffen und das Reich finanziell „selbständig" machen. In Wirklichkeit aber handelt es sich um die Selbständigkeit des Kanzlers weit mehr dem Reichstage als den Einzelstaaten gegenüber. Nicht die Regierungen der Einzelstaaten, sondern der Reichstag hat dem Kanzler in den letzten vier Jahren 79 Millionen Mark an den Matrikular-Beiträgen gestrichen. Sind erst die Matrikular-Beiträge abgeschafft und dagegen neue Steuern dauernd eingeführt, so kann natürlich bei der jährlichen Feststellung der Voranschläge auch von den Einnahmen nichts mehr gestrichen werden. Hat man dergestalt die Einnahmen durch neue Steuern im voraus beschafft, um reichlich aus dem vollen wirthschaften zu können, so hat auch das Ausgabebewilligungsrecht seine wesentliche Bedeutung verloren, weil die Streichung einer Ausgabe alsdann unmittelbar doch nicht zu einer Minderung der Steuerlast des Volkes führt."

Bekanntlich verlangt die Regierung eine „überwiegende Heranziehung und Ausnützung der dazu vorzugsweise geeigneten indirekten Steuern". In Bezug auf diese Forderung führt das erwähnte Flugblatt Nachstehendes aus:

„Das deutsche Volk bezahlt schon jetzt dreihundert Millionen Mark an indirekten Steuern allein für das Reich. Zucker und Salz, Kaffee und Thee, Tabak, Bier und Branntwein, Reis und Gewürze, Südfrüchte aller Art sind mit Verbrauchs-Abgaben belastet. Was vom Auslande an Garnen und Webereien, an Metallwaaren-, Holz-, Glas-, Pelz-, Stroh-, Thon-, Leder-, Kurzwaaren, an Butter und Käse, Schweinen und Häringen eingeht — muß verzollt werden. Von Ermäßigung oder Aufhebung einer dieser Steuern ist durchaus nicht die Rede.

Dagegen sollen, wenn die Pläne des Kanzlers sich erfüllen, zu diesen dreihundert Millionen Mark noch weitere (mindestens) zweihundert Millionen Mark an Verbrauchsabgaben kommen, sei es, daß man die bestehenden Abgaben derart erhöht, sei es, daß man neue Gegenstände mit Abgaben belegt.

v. Treitschke bezeichnete in seiner edlen Ausdrucksweise diese Angabe in einer konservativen Wählerversammlung als „eine ungeheuere und unglaubliche Lüge". „Auf eine Null mehr oder weniger komme es ja den Gegnern nicht an." Vergeblich ist die Regierung im Reichstage von uns wiederholt aufgefordert worden, auch nur von ungefähr die Snmme zu bezeichnen, welche sie aus neuen indirekten Steuern aufzubringen beabsichtigt. Die Regierung hat sich gescheut, diese Summe zu nennen. Nur v. Kardorff, der finanz-politische Führer der „Deutschen Reichspartei", welcher sich außerdem rühmt, daß die Regierung nun seine bereits früher verlautbaren finanz-politischen Vorschläge zur Ausführung bringe, war offen genug zu bemerken, daß an neuen Steuern eine ähnliche Summe wie das französische Tabaks-Monopol, welches nach seiner Erinnerung 300 Mill. Mk. netto bringe, gern herauskommen möchte. — Die Regierung will die neuen Steuern an Stelle der Matrikular-Beiträge treten lassen. Nach dem Anschlag der Regierung sollten diese Matrikular-Beiträge schon im laufenden Jahr 110 Mill. Mk. betragen. Fürst Bismarck und die konservativen Redner aber haben es wiederholt ausgesprochen, daß das Reich durch neue Steuern auch noch in die Lage gebracht werden müsse, an die Einzelstaaten etwas herauszuzahlen. Auch nach den Monopol-Plänen der Regierung zu urtheilen, kann es sich um viel weniger als 200 Mill. Mk. Steuern nicht handeln.

Die „Prov.-Korr." meint, daß die höhere Besteuerung des Tabaks „den größten Theil der wünschenswerthen Mehr-Einnahmen für das Reich einbringen kann." Eine blühende deutsche Industrie, welche jetzt Hunderttausende beschäftigt, würde ganz oder zum größten Theil das Opfer solcher hohen Besteuerung werden. Die Tabaksausfuhr müßte unter dem Monopol aufhören und der inländische Verbrauch würde unter jeder hohen Besteuerung, wie in Frankreich, auf kaum ein Drittel des jetziges Verbrauchs sinken. Eben darum wird bei der geringeren Wohlhabenheit der deutschen Bevölkerung auch der finanzielle Zweck nur zum Theil erreicht werden, und müßten zu der hohen Belastung des Tabaks, wie dies auch von der Regierung nicht geleugnet wird, noch andere neue Steuern hinzukommen.

Ueber den Plan, auch die Zucker-Industrie zum Gegenstand des Staatsmonopols zu machen, sind Erwägungen angestellt. Für eine hohe Reichssteuer auf Schankwirthschaften hat Fürst Bismarck seine volle Sympathie erklärt. Eine Erhöhung der Braumalzsteuer bis auf den hohen bairischen Satz ist in Anregung gekommen. Sicherlich wird man auch noch auf andere Blumen aus dem Steuerbouquet wieder zurückkommen, welches im Jahre 1869 dem Reichstage vorgelegt wurde. Darin war u. a auch noch enthalten ein Zoll auf Petroleum, eine Steuer auf Gasverbrauch, eine Steuer auf Eisenbahnreisende und ein Quittungsstempel. Die Einführung des letzteren ist im Bundesrathe noch im vorigen Jahre neuerdings in Erwägung gezogen worden.

Die Erfahrung hat bei Verbrauchs-Abgaben dargethan, daß nur die Besteuerung solcher Artikel etwas einbringt und die großen Erhebungs-Kosten und damit verbundenen Gewerb-Beschränkungen lohnt, welche allgemein gebraucht werden. Außerdem versprechen nur solche Artikel, welche man nicht leicht entbehrt, bei höherer Belastung einen entsprechenden Gewinn für die Steuer-Kasse. Daraus folgt, daß die neuen indirekten Steuern nicht vom Luxus und von den Verbrauchs-Gegenständen der wohlhabenden Klassen, sondern nur von Dem, was die große Menge des Volkes zu ihrem Lebensbedarf rechnet, erhoben werden können. Auf die unteren und minder wohlhabenden Schichten des Volkes, insbesondere auf solche Volks-Klassen, welche einen eigenen Haushalt führen, wird daher die Hauptlast der neuen Steuern fallen. Selbst wenn Nichtbesitzer mit einem Einkommen unter 400 Thalern dafür von direkten Staats-Steuern*) befreit werden könnten, wie es die preußische Regierung zugleich mit einer schärferen Einschätzung der Personen von größerem Einkommen angeblich beabsichtigt, so würde doch für diese Klassen die Vertheuerung des Lebensbedarfs durch die neuen Steuern das Vier- oder Fünffache der sie treffenden Steuer-Erleichterung ausmachen.

Wer also mit seinem Stimmzettel am 30. Juli dazu beiträgt, dem Kanzler die gewünschte „willige" Mehrheit von Landräthen Präsidenten, Staatsanwälten, Ministerialräthen und anderen Freikonservativen, Deutschkonservativen und Pseudoliberalen zu verschaffen, darf sich später auch über die neuen Steuern nicht wundern oder beklagen. „Kein Volk wird anders regiert, als es regiert zu werden verdient!"

So weit das Flugblatt von E. Richter. Sehen wir in einem weiteren Artikel, was an der Sache!

*) Die Befreiung dieser Klassen von Kommunalsteuern steht natürlich nicht in Frage; der Apparat der Steuereinschätzung und Erhebung würde also derselbe bleiben. (Anmerkg. des Flugblatts).

Politisches.

— Cypern hat schon oft seinen Herrn gewechselt und es ist sogar nicht das erste Mal, daß England von der „Kupfer-Insel", dem altberühmten Kypros, dem vielgerühmten Heiligthum der Aphrodite, die hier dem Wellenschaum entstieg, Besitz ergreift. In den ältesten Zeiten wurde die Insel von Phöniciern erobert und nach und nach von Griechen bevölkert. Später gelangte sie in Abhängigkeit von Egypten, von Persien, unter dem Einfluß der Griechen, nach dem Tode Alexander's des Großen fiel sie den Ptolemäern, weiter den Römern anheim, und dann unter die Herrschaft von Byzanz und vorübergehend unter die der Araber. Im Jahre 1191 entriß König Richard Löwenherz, der auf seinem Kreuzzuge hierher verschlagen wurde, sie in wenigen Tagen den Byzantinern, verkaufte sie um 25,000 Mark Silber an die Tempelherren, welche jedoch die Insel 1193 an England zurückgaben, worauf Richard 1193 den König von Jerusalem, Guido von Lusignan, damit belehnte. Nach dem Aussterben des Hauses Lusignan, 1267, ging die Herrschaft Cypern an einen natürlichen Sprößling dieses Hauses, Hugo III., Sohn des Prinzen Heinrich von Antiochia, über. Ein Nachkomme Hugo's III. heirathete die Venetianerin Katharina Cornaro (14. Juli 1472), welche bei ihrer Vermählung von dem Senat als „Tochter der Republik" erklärt worden war, in Folge dessen Venedig sich nach dem 1473 erfolgten Tode Hugo's III. Cypern's bemächtigte und die Insel bis 1570 behielt, in welchem Jahre das an der Ostküste gelegene Samagusta (das alte Salamis) nach elfmonatlicher Belagerung den Türken in die Hände fiel. Bei der weiteren Eroberung Cypern's machten die Türken 20,000 Christen nieder, 2000 führten sie in die Sklaverei ab; der Eroberer selbst soll hierbei 50,000 Mann verloren haben. Im Alterthum war Cypern bekannt durch seine Mineral-Reichthümer, und noch jetzt bezeichnen Ruinen die Stätten der alten Hüttenwerke, namentlich für Kupfer-Gewinnung, woher auch der Name der Insel stammt. Damals war sie ebenso des lieblichen Klima's wie der üppigen Vegetation wegen berühmt; seine Bewohner jedoch ihres Uebermuths und ihrer Keckheit wegen übelberüchtigt. Jetzt ist die einst so blühende Kultur wie überall unter Türkenherrschaft bis zu einem sehr tiefen Grad gesunken. Die reichen Waldungen sind planlos ausgeholzt und verwüstet worden; der Boden ist ausgetrocknet und die Kulturfähigkeit überhaupt beeinträchtigt worden. Mehr als die Hälfte der Insel ist zur Wüstenei geworden, kaum der fünfte Theil ist angebaut. Noch 1853 wurden 90,000 Ctr. Früchte des Karaban-(Johannisbrod)-Baumes von der Insel ausgeführt; da die Pforte später diesen Handelsartikel hoch besteuerte, hieben die Bauern die sämmtlichen Karabanbäume nieder.

Rom, 5. Juli. (Kö.Z.) Die Ultramontanen in Preußen scheinen durch die Veröffentlichung der Briefe des Kaisers und Kronprinzen ein wenig unklar über ihren Standpunkt geworden zu sein. Es sind auf Umwegen telegraphische Anfragen wegen der Angelegenheit bei der Kurie eingelaufen. Die letztere wird heute den geheimen Agenten den Bescheid zuschicken: kaltes Blut, möglichste Vermeidung von Zwisten und Wahl von guten Katholiken im oppositionellen Sinne. Leo und Franchi überlegen noch, ob der Berliner Veröffentlichung gegenüber etwas Oeffentliches geschehen müsse. Der Staatssekretär meint ja, Leo nein, und so ist noch nichts entschieden.

Rom, 7. Juli. Am 5. d. fand im Theater zu Livorno eine anti-östreichische Kundgebung statt, und zwar zu Gunsten der „noch unerlösten italienischen Provinzen." In einem gewissen Akte des Schauspiels wurde in einer Loge 1. Ranges eine 3farbige Fahne entrollt, deren Erscheinen mit lebhaftem Beifall und dem Rufe: „Es lebe Trient! Es lebe Triest, das italienische!" begrüßt wurde. Es hielt dann Herr Michele Taucci die folgende Rede: „Bürger! Eine unerwartete Enttäuschung kam, unsere Hoffnungen zu nichte zu machen, die Hoffnungen aller Vaterlandsfreunde, welche dem regierenden Ministerium nicht unfruchtbar die Ehre des Landes anvertraut glaubten. Das italienische Tyrol und Istrien sind von dem Berliner Kongresse zu ewiger Sklaverei verurtheilt. Oestreich, welches sich im Orient vergrößert, wird die Beute nicht lassen, welche es noch immer in Italien in den Klauen festhält. Die italienische Regierung hat nicht einmal die Stimme zum Prote-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

stiren gehabt! Die Minister haben keine Worte, als um Oestreich die Sanftmuth Italiens zu beweisen. Das Volk, welches gekämpft hat und welches noch den Wink zur Schlacht gewärtigt, um sein Sehnen zu erfüllen, kann nicht Angesichts der Erniedrigungen schweigen, die man das Vaterland erdulden läßt. Bürger! Zwei italienische Provinzen sind noch Sklavinnen, und diese Provinzen lassen uns den Ruf ihres Schmerzes vernehmen. Es lebe Trient! Es lebe Triest!" (Warum vergessen denn die Vaterlandsfreunde Nizza und Savoyen und Malta und die ital. Schweiz so vollständig?)

Paris, 11. Juli. Gegen die socialdemokratische „Egalité" sind wegen fünf verschiedener Artikel strafgerichtliche Verfolgungen eingeleitet, auf Grund deren das Blatt vor dem Zuchtpolizeigerichte und auch vor den Geschwornen erscheinen wird. Es sind ihm nämlich fünf verschiedene Vergehen zur Last gelegt: Aufreizung der Bürger zu gegenseitigem Hasse; Verherrlichung von Handlungen, welche das Gesetz als Verbrechen bezeichnet (Manifest an die deutschen Socialdemokraten aus Anlaß des Nobiling'schen Attentats); Angriff gegen das Eigenthum; Veröffentlichung eines Artikels mit der Unterschrift einer Person, welcher die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte aberkannt worden sind (Elysée Reclus); und endlich Aufreizung zum Ungehorsam gegen das Gesetz.

Vermischte Nachrichten.

— Kehl, 11. Juli. (B.L.) Bis heute ist noch nicht ermittelt worden, wem der auf der Sporeninsel am 26. Juni, Abends gegen 8 Uhr, aufgefundene, auf dem hiesigen Gendarmeriebureau aufliegende vollständige Herrenanzug gehört.

— Karlsruhe, 5. Juli. In Folge eines mit dem Armenrath getroffenen Abkommens ist die gesetzliche Verjährungsfrist für alle diejenigen Rezepte, deren Bezahlung direkt oder nächträglich von dem Armenverband geleistet wird, von zwei Jahren auf einen äußerst kurzen Termin reduzirt worden, und sehen sich deßhalb die hiesigen Apotheker veranlaßt, ihre Arzneirechnungen künftighin in der Regel mindestens halbjährlich auszustellen.

— Karsruhe, 10. Juli. Aus den durch die Steuerverwaltung geführten Nachweisungen über die Zahl der unter steuerlicher Kontrole stehenden Gewerbtreibenden ergibt sich, daß im Großherzogthum Baden betragen hat

im Jahr	die Zahl der 1. mit Patent versehener Weinhändler	2. patentirt. Wirthschafts- und Kleinverkaufsbetriebe	3. Wirthschaften.	4. Bierbrauer.	5. Branntweinbrenner.	6. Metzger.
1868	1,970	450	5,910	1,566	25,267	1,948
1869	2,018	488	5,978	1,547	26,551	1,990
1870	1,985	490	6,516	1,535	26,505	1,986
1871	1,983	461	6,996	1,574	26,357	1,962
1872	1,922	421	7,396	1,597	25,462	1,910
1873	1,812	401	7,707	1,629	26,249	1,845
1874	1,854	399	8,200	1,655	26,802	1,995
1875	2,066	445	8,532	1,672	27,624	1,987
1876	2,109	524	8,685	1,688	27,816	2,074
1877	1,951	506	8,935	1,702	27,757	1,991

— Aus Baden, 9. Juli. (H.Z.) In dem Wahlkreis Freiburg-Emmendingen-Waldkirch wurde bei einer Besprechung von Vertrauensmännern der nationalliberalen Partei Frhr. v. Bodmann auf Loretto bei Freiburg als Bewerber für den 5. Wahlbezirk aufgestellt. Derselbe hat sich zur allenfallsi. Annahme eines Mandats bereit erklärt und zugleich Veranlassung genommen, seinen Standpunkt in politischen und wirthschaftlichen Dingen in allgemeinen Zügen zu entwickeln. Er schließt sich im Wesentlichen dem Programm der nationalliberalen Partei an; seine Anschauungen weisen ihm einen Platz auf dem rechten Flügel derselben an.

— Furtwangen, 8. Juli. Vorgestern starb der in weitesten Kreisen bekannte Uhrenfabrikant Lorenz Bob. Sein Bruder veröffentlicht in der „Schwarzw. Gew.-Halle" folgende öffentliche Erklärung: Der am 6. d. M verstorbene Lorenz Bob ersuchte mich, als seinen Bruder, Nachstehendes nach seinem Tode veröffentlichen zu lassen. „Ich bleibe meinem altkatholischen Glauben, auf den ich getauft bin, in dem mich meine Eltern erzogen haben und in welchem sie auch selig gestorben sind, bis zum letzten Hauche meines Lebens getreu; denn ich will mein Sterbebett durch keine Untreue schänden. Ich sterbe im Namen des dreieinigen Gottes und als altkatholischer Christ, wie ich als solcher stets gelebt habe. Sollte der Fall sein, daß mir der neukatholische Geistliche zugeführt wird, so will ich ihn nur aus dem Grunde annehmen, um die paar Stunden, die ich noch zu leben habe, in friedlicher Ruhe zu verbringen. Ein herzliches Lebewohl folgt an meine wackeren Glaubens- und Gesinnungsgenossen und an alle meine Freunde und Bekannten im Museum; mögen sie mir ein freundliches Andenken bewahren. Dich, meinen Bruder, bitte ich, an meinem Beerdigungstage für meine Seele in unserer altkatholischen Kirche zu beten."

— Aus dem Amtsbezirke Ettenheim, 10. Juli. (B.L.) In der Gemeinde Bleichheim herrscht gegenwärtig das Scharlachfieber. Dasselbe war bereits vor einigen Wochen aufgetreten, aber nicht in starkem Maße. Mit Beginn der verflossenen Woche griff jedoch das Fieber in so rascher Weise um sich, daß es eben nur noch wenige Familien sind, welche bis jetzt verschont blieben. Zahlreiche Todesfälle sind bereits vorgekommen, in manchen Familien sogar mehrere. Um einem weiteren Umsichgreifen der Krankheit vorzubeugen, wurden die Schulen bis auf Weiteres geschlossen.

— Konstanz, 6. Juli. In Hengelau bei Stockach ist laut der „Konst. Ztg." in der Nacht vom 4. d. M. ein Doppelgebäude durch Feuer zerstört worden. — Bei Schaffhausen wurden vor wenigen Tagen ein männlicher und ein weiblicher Leichnam, beide mit einem ledernen Riemen zusammengebunden, aus dem Rheine gezogen. Ein bei den Leichen aufgefundener Zettel gibt die Ursache dieses Doppelselbstmordes an, die darin besteht, daß sich die Beiden nicht heirathen durften.

— Vom Bodensee, 10. Juli. (B.L.) Der wegen Vergiftung seiner Frau und Brandstiftung angeklagte Braumeister Wetzel von Bermatingen, der bekanntlich schon auf der Ueberfahrt nach Konstanz sich in den See stürzte, aber wieder gerettet wurde, hat auch im Gefängniß zu Konstanz, wo er sich nunmehr befindet, wiederholt Selbstmordversuche gemacht durch Erhängen, Aufschneiden der Blutgefäße 2c., was aber jeweils noch rechtzeitig entdeckt wurde. Seitdem wird dieser Verbrecher im Gefängniß sehr streng bewacht.

— Barmen, 7. Juli. Das hiesige Polizeigericht hat einen Milchfälscher nachdrücklich bestraft. Ein hiesiger Bäcker ließ die von ihm seit längerer Zeit von dem Ackerer Johann Lagensiepen auf Carnap bezogene Milch untersuchen, wobei sich herausstellte, daß die Milch nur 5 pCt. Rahm enthielt, während die von einem Polizeibeamten den Kühen des Lieferers direkt entnommene Milch 12 pCt. Rahm aufwies. Der Knecht des Angeklagten bezeugte, daß die Kunden alle nur entrahmte Milch bekommen hätten. Zu seiner Vertheidigung führte Langensiepen an, vier Kühe seien seit einiger Zeit krank, und dadurch könne wohl die schlechte Beschaffenheit der untersuchten Milch herbeigeführt sein. Auf die Frage des Richters, ob er sich kein Gewissen daraus mache, die Milch kranker Kühe zu verkaufen, erwiderte der biedere Landmann, für einen Bäcker schade das nicht! Der Antrag des Polizeianwalts ging auf eine Geldbuße von 50 M., das Urtheil des Polizeirichters lautete auf 100 M.

— München, 10. Juli. (B. L.) Am 11. d. M. fand am Stadtgericht Bamberg eine Verhandlung wegen Verkaufs verfälschter Lebensmittel, Schmalz und Butter statt. Es waren 50 Beschuldigte geladen, von denen nur der kleinste Theil freigesprochen, der größere aber mit Freiheitsstrafen bis zu 14 Tagen oder mit Geldstrafen bis zu 30 M. belegt wurde. Einer der Verurtheilten hatte eine Scheibe angeblich gutes Schmalz auf dem Viktualienmarkte ausgeboten, welche nach der chemischen Untersuchung aus 99 Proz. Rindertalg und 1 Proz. Schmalz bestand. — Von der baierisch-böhmischen Grenze wird gemeldet: „Seit einigen Tagen bereist wieder eine östreichische Militärkommission die Grenzorte, um großartige Pferdeankäufe zu machen."

— Augsburg, 10. Juli. Gestern Nachmittag entstand in der Jakobsvorstadt bei einer Gasröhren-Legung eine Gasexplosion, wobei ein Mann lebensgefährlich verwundet und in der Umgebung sämmtliche Fensterscheiben zertrümmert wurden.

— Aus dem Landgerichtsbezirke Saarbrücken, 8. Juli. (B.L.) In dem Dorfe Rümmelsbach bei Lebach wurde dieser Tage ein 76-jähriger Mann vorgefunden, der von seinen Verwandten seit 52 Jahren an einer Kette, welche an einem Ring um die Hand und an der Wand über seinem Bette befestigt ist, gefangen gehalten wurde. Der Unglückliche, dessen sofortige Befreiung die herbeigerufene Gerichtskommission anordnete, wurde im Jahre 1826 in Trier beim 30. Infanterieregiment wahnsinnig und als unheilbar entlassen. Seine Eltern und später seine Verwandten verwahrten den Unglücklichen dann bis heute in der oben angegebenen Weise. Als ihm die Fesseln abgenommen werden sollten, wehrte er sich mit Händen und Füßen dagegen. Merkwürdiger Weise ist der Mann trotz seiner 52jährigen Gefangenschaft noch gesund und frisch.

— Einen merkwürdigen Offizier hat die britische Armee soeben in der Person des am 23. d. im Herbert-Hospital zu Woolwich verstorbenen Generals William M'Bean verloren. Der Dahingeschiedene hat sich von einem Tambor im 93. Fußregiment (den Sutherland-Hochländern) zum Kommandör des Regiments emporgeschwungen, in welchem er von der Pike auf gedient. Von seinem Regimente wurde er vergöttert.

— (Ein neues Kriegsmittel.) „Ausrüstungen für kriegführende Schiffe" war der Titel einer Vorlesung, welche kürzlich vor dem Schiffsbaumeister-Verein in London stattfand. Hr. C. Böhm bemerkte, daß wir unsere Augen nicht schließen könnten gegen die Thatsache, daß Großbritannien, Frankreich, Amerika und Rußland seit den letzten 25 Jahren hydro-kohlensaure Mischungen im Kriege gebraucht hätten. Petroleum könnte mit der größten Genauigkeit auf jeden beliebigen Platz und in jeder erforderlichen Quantität eine Strecke von 300 Fuß weit geworfen werden, und eine Gallone (4 engl. Quart) rohes Petroleum, welches mit Sorgfalt über eine Fläche von 100 Fuß gestreut und angezündet werde, würde diesen Platz gegen 10 Minuten für Menschen gänzlich unbewohnbar machen. Hr. Böhm beschrieb demnächst umständlich den Petroleumapparat und die Verfahrungsweise der Entzündung gegen ein feindliches Schiff und behauptete, daß die Zeit von 10 bis 15 Minuten, welche das angreifende Petroleumboot gewänne, genügend sei zur Zerstörung oder Gefangennehmung eines Panzerschiffes, weil selbst das größte Schiff während der Zeit, daß das Petroleum brennt, gänzlich hors de combat sei.

— Das Stadtverordneten-Kollegium in Prag hat einstimmig beschlossen, an die Damen der böhmischen Hauptstadt eine Aufforderung zu richten, daß sie „die entsetzliche Mode" der Schleppen aufgeben. Sollte die Aufforderung fruchtlos bleiben, so soll eine Schleppensteuer mit 20 Gulden jährlich für jede Schleppe eingeführt werden.

— Amerika. (Frkf. Z.) Der 4. Juli, der Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, wurde in allen Theilen der Vereinigten Staaten in der herkömmlichen Weise gefeiert. Ein von Donner, Blitz und Hagel begleiteter Wirbelsturm störte indeß die Feier in Pittsburg, Pennsylvanien, und richtete innerhalb eines Kreises von 10 Meilen großen Schaden an. Der Blitz schlug in die Vesta-Oelwerke ein und die in Folge dessen ausbrechende Feuersbrunst vernichtete 80,000 Faß Erdöl.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Errichtung einer städtischen Feuerversicherungsanstalt betr.

Auf einer am 1. d. M. in Baden abgehaltenen Bürgermeisterversammlung brachte, wie man uns mittheilt, der Oberbürgermeister Groß von Pforzheim das Projekt der Errichtung einer gemeinsamen Feuerversicherunganstalt seitens der mit Wasserleitung versehenen Städte Baden, Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg und Pforzheim zur Sprache. Derselbe wies darauf hin, wie durch die Erbauung der Wasserleitungen in diesen Städten die Feuersgefahr ganz erheblich gemindert, eine entsprechende Herabsetzung der Prämien seitens der Feuerversicherungsgesellschaften aber gleichwohl nicht eingetreten und daher den betheiligten Städten die Möglichkeit gegeben sei, durch eigene Uebernahme der Versicherung ihrer Einwohner eine voraussichtlich nicht unbeträchtliche, unter den gegenwärtigen Verhältnissen doppelt erwünschte Einnahmequelle sich zu erschließen; wie das Feuerversicherungsgeschäft schon seiner Natur nach recht eigentlich zum Betrieb durch die Gemeinden sich eigne; wie die Feuerwehren offenbar mit viel lebhafterem Interesse ihrer mühe- und gefahrvollen Arbeit sich unterziehen würden, wenn ihr Rettungswerk nicht einer nur auf Vertheilung hoher Dividende bedachten Privatgesellschaft, sondern der Bürgerschaft der eigenen Stadt zum unmittelbaren pekuniären Vortheil gereiche, und wie endlich das mit der Versicherung verbundene Risiko, das eine einzige Stadt wohl kaum übernehmen dürfe, ohne sich des Leichtsinns schuldig zu machen, doch die gemeinsamen Kräfte der oben genannten fünf Städte sicherlich nicht übersteige, zumal man in der Lage sei, vor der Ansammlung des erforderlichen Reservefonds durch Abschluß von Rückversicherungsverträgen sich die gehörige Deckung zu verschaffen. Die allgemeine Verfassung der neuen Versicherungsanstalt wurde in Bestimmungen skizzirt, deren erste heißt: Die Städte Baden, Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg und Pforzheim errichten eine gemeinsame Feuerversicherungsanstalt für die Bewohner ihrer Gemarkungen.

m. Ueber Thierquälerei.

Offenburg. Rohe Handlungen an Thieren, welche man als Thierquälerei bezeichnen kann, treten in so verschiedenen Gestalten auf, daß dabei manchmal der Bildungsgrad u. Charakter, bezw. das Temperament jener, welche sich thierquälerischer Vergehen schuldig machen, sowie Art und Umstände, unter welchen solche geschehen, wesentlich zu berücksichtigen sind. Doch nicht Alles, was sentimentale Herzen als Thierquälerei ansehen, kann als solche gelten. Deßhalb gilt auch hier keine Regel ohne Ausnahmen. So können manchmal scharfe Züchtigungen an Thieren zur Nothwendigkeit werden, so gut als oft schmerzliche Zwangsmaßregeln bei Menschen zum eigenen und allgemeinen Schutz nicht zu entbehren sind. So weiß man, daß z. B. ein Jagdhund höchst selten hasenrein wird, bevor er nicht eine tüchtige Portion Prügel nach Jägerart erhielt, obschon hiebei des Guten manchmal zu viel geschieht. Ein unbändiges Remontepferd muß sicher zuerst Sporen und Peitsche fühlen, bevor es auf den Schenkel- und Wadendruck geht.

Einen Frachtfuhrmann, welcher seinen Pferden unterwegs vor dem Wirthshaus ein Zwischenfutter reicht und selbst einen Schoppen trinkt, wird doch Niemand der Thierquälerei anklagen wollen; wenn man dagegen Pferde bei brennender Sonnenhitze oder Regen und Schneegestöber Stunden lang ohne alle Decke vor den Wirthshäusern stehen läßt, so gehört dieses gewiß zur Thierquälerei, und wir könnten hierüber Beweise beibringen, welche geradezu hohnsprechend gegen alle menschlichen Gefühle sind. Kommt es dann, daß solche halberstarrte Thiere später erkranken, so trägt natürlich der Fuhrmann keine Schuld daran, sondern getraut sich noch zu behaupten, man habe den Kloben doch immer so gut behandelt, und das ist doch gewiß! Denn schon im gewählten Ausdruck liegt das Gefühl und die Liebe für das arme Thier. Daß hierin vielfach zum eigenen Nachtheil gesündigt wird, kann wohl nicht geleugnet werden. Folgendes Gedicht, dem Stuttgarter Thierfreund entnommen, schildert uns in rührenden Worten das erbärmliche Bild so vieler armer Fuhrmanns-Rosse.

Des Fuhrmanns Rosse.

Der Fuhrmann sitzt bei Wein und Karten
Am Wirthshaustische wohlgemuth,
Läßt Roß und Wagen draußen warten
In Straßenstaub und Sonnenglut.

Die braven Gäule stehn vergessen
Zwei Stunden schon, daß Gott erbarm!
In ihrem Blute schwelgt indessen
Ein unverschämter Bremsenschwarm.

Da hilft kein Wehren, Schütteln, Schlagen
Mit Huf und Schweif und Mähnenhaar;
Meinst du vom Leib sie zu verjagen,
So sitzt am Kopf die tolle Schaar.

Der drinnen hört kein Hufescharren,
Hört nicht des Blechbehängs Geklirr;
Doch seine treuen Thiere harren
Und stehen folgsam im Geschirr.

Und ist bei Menschen kein Erbarmen,
So fühlt ein Thier des Herrn Gebot,
So helfen selber sich die Armen
So gut sie können aus der Noth.

Der eine beugt mit frommen Blicken
Den Kopf herum zum Nebengaul
Und stöbert ihm von Hals und Rücken
Das Mordgeschmeiß mit weichem Maul.

Und seinem guten Kameraden
Gibt der getreu den Dienst zurück;
Sie traben ja auf gleichen Pfaden
Schon manches Jahr durch Dünn und Dick.

O edles Thier, ein Mensch ersticket
In sich des Gottesbildes Spur:
Doch dir aus stummen Augen blicket
Das Sehnen aller Kreatur;

Das Seufzen nach des Geist's Befreiung
Von dieses Daseins Tyrannei,
Das Sehnen nach der Welterneuung,
Wo Leid, Geschrei und Schmerz vorbei.

Indeß für heut erhebt die Köpfe,
Der Retter naht mit Peitschenknall:
Glück auf den Weg, ihr guten Tröpfe,
Und süße Rast im trauten Stall!

K. Gerok.

— Laut Telegramm ist das Hamburger Post-Dampfschiff „Herder", am 26. Juni von Hamburg und am 29. von Havre abgegangen, nach einer Reise von 10 Tagen 3 Stunden am 9. d. M. 3 Uhr Nachmittags wohlbehalten in Newyork angekommen; „Lessing" am 3. d. M. von Hamburg abgegangen, am 5. in Havre eingetroffen und von dort am 6. nach Newyork wieder in See gegangen; „Wieland", am 10. d. von Hamburg über Havre nach Newyork expedirt. — „Suevia", am 27. Juni von Newyork abgegangen, ist nach einer Reise von 9 Tagen 14 Stunden am 8, d. M., 4 Uhr Morgens in Plymouth angekommen, am selben Tage nach Cherbourg passirt und am 10 d. M. Morgens in Hamburg eingetroffen. Das Schiff bringt 284 Reisende, 83 Briefsäcke und volle Ladung. — „Silesia", am 22. Juni von Hamburg nach Westindien expedirt und am 26. von Havre abgegangen, ist nach einer schnellen Reise am 9. d. M. in St. Thomas angekommen. — „Vandalia", auf der Rückreise von Westindien nach Hamburg, ging am 9. d. M. von St. Thomas in See. — „Argentina" wurde am 5. d. M. von Hamburg nach Brasilien und dem La Plata expedirt und ging am 6. von Curhaven in See. — Auf der Heimreise vom La Plata und Brasilien nach Hamburg sind: „Bahia", am 20. Juni von Bahia abgegangen, am 8. d. M. glücklich in Lissabon eingetroffen und am selben Tage nach Hamburg weitergegangen; „Valparaiso", am 5. Juli von Bahia nach Hamburg in See gegangen.

Bekanntmachungen.

Offenburg.

An- u. Verkauf von Häusern u. Gütern, Anschaffung von Kapitalien auf Liegenschaften, Uebernahme von Forderungen und Güterzielern, Darlehen auf Wechsel und Handschriften

besorgt

Güteragentur M. Goldberg,
3732.Z.4. Bahnhofstraße 110.

3863.3.2. Ich zeige hiermit an, daß ich nun auch ein

Papier-Lager

errichtet habe, und bitte höflich um geneigten Zuspruch.

Offenburg, im Juli 1878.

Achtungsvoll **Philipp Müller,**
Hauptstraße.

Offenburg.

Anzeige.

6133.Z.14. Im **Kreisgefängniß** in Offenburg werden Strohdecken nach Maß gefertigt und sind daselbst auch immerwährend Stroh- und Thürvorlagen vorräthig.

Ferner werden Stroh- und Rohrsessel eingeflochten.

Obstwein

hat zu verkaufen
3875.6.6. **Jos. Nonn** in Offenburg.

2 Arbeiter,

welche auch mit dem Gespann umzugehen wissen, finden im Wochenlohn dauernde Beschäftigung — wo? sagt die Exped. d. Bl. 4135.

Oberbrauergesuch.

4130.2.2. Ein lediger, zuverlässiger, nicht über 30 Jahre alter Brauer findet in einer Brauerei eines Städtchens im bad. Schwarzwalde, in welcher das ganze Jahr drei Burschen gehalten werden, sofort eine dauernde Stelle als Oberbrauer.

Anmeldungen, mit Zeugnissen über Befähigung und Leumund belegt, nimmt unter Nr. 150 das Kontor d. Bl. zur Beförderung entgegen.

Offenburg.

Zimmervermiethung.

4116.2.2. Carl Ries hat bis 15. August 2 bis 3 schön möblirte Zimmer an ledige Herren zu vermiethen.

Wohnungsvermiethung.

4021.2.2. Bahnhofstraße Nr. 103 ist der erste Stock, sogleich oder bis 1. Oktbr. beziehbar, zu vermiethen.

Verloren.

4140.2.1. In Reichenbach bei Gengenbach ging eine Cylinderuhr mit Goldreif verloren. Der redliche Finder wird gebeten, dieselbe bei dem dortigen Polizeidiener gegen eine gute Belohnung abzugeben.

Offenburger Fruchthalle.
Markt vom 13. Juli 1878.

Frucht-Gattung.	Eingeführt.	Aufgestellt v. letzten Markt.	Verkauft.	Mittelpreis per Centner.		Bleiben aufgestellt.
	Centner	Centner	Centner	M.	Pf.	Centner
Waizen . .	340	32	372	11	60	—
Halbwaizen	54	36	90	9	80	—
Korn . .	36	—	36	8	25	—
Haber . . .	—	—	—	—	—	—
Gerste . . .	—	—	—	—	—	—
Welschkorn . .	—	—	—	—	—	—
	430	68	498			—

Ganten.

Zimmermann, Nikolaus, Maurer von Eppelheim, A. Heidelberg, Tgf. 18. Juli, V. 8 U.
Schnering, August, von Spetzgart, A. Ueberlingen, Tgf. 19. Juli, V. 8½ U.
†Mangold, Leopold, Hauptlehrer a. D. in Oberbergen, A. Breisach, Tgf. 18. Juli, V. 8 U.
†Rummel, Severin, Landwirth von Durmersheim, Tgf. 26. Juli, V. 9 U.
Dornacher, Alexander, von Lörrach, Tgf. 23. Juli, V. 9 U.

Für die Redaktion verantwortlich: A. Reiff. — Druck und Verlag von A. Reiff u. Cie.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg